Auszug aus **Context XXI**
**http://contextxxi.org**/zivilgesellschaft-und.html

erstellt am: 28. März 2024
Datum dieses Beitrags: September 2000

# Zivilgesellschaft und Entwicklungsmythos

Pluralität und Zivilgesellschaft können als postmoderne Antwort auf den modernen Mythos von Entwicklung gesehen werden.

WOLFGANG DIETRICH

Den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern ..." nahm sich die UNO in der Präambel zu ihrer Charta von 1945 vor. Das Ziel dieses Vorhabens war konsequenterweise die Schaffung eines globalen Paradieses im Diesseits. Daß laut jüngstem UNICEF-Bericht selbst in Industrieländern jedes sechste Kind in Armut lebt und das weltweit für mehr Menschen gilt als jemals zuvor in der Geschichte, provoziert die Frage, ob Entwicklung durch fünf Jahrzehnte das richtige Ziel mit falschen Mitteln verfolgte, oder ob das Ziel selbst das Problem ist.

## Entzauberung des Mythos von Entwicklung

„Entwicklung" gehört zu den beliebtesten, weil auf angenehme Art nichtssagenden Zauberwörtern im politischen Diskurs der Moderne. In der mythenhaften Bedeutung, die man ihm durch Jahrzehnte zuschrieb, entfaltete sich der Begriff nach dem Zweiten Weltkrieg. Er wurde zuvor von den Naturwissenschaften in die Sozialwissenschaften und von da in den politischen Alltag übernommen. Während die Entwicklungstheorien der letzten fünf Dekaden eine Vielzahl von Widersprüchen produzierten, blieb die heimliche Botschaft des Begriffs „Entwicklung" konstant: Er unterstellt, daß Gesellschaften gleich Pflanzen von einem Stadium geringerer Reife und Wertigkeit zu einem solchen der Blüte und Vollendung voranschreiten würden. Obwohl Sozial- und Geschichtswissenschaften den definitiven Beweis für diese deterministische Annahme stets schuldig blieben, diente sie über Generationen hinweg als unbestreitbares Paradigma sowohl für marxistische als auch für liberale und sogar für christlich inspirierte Versionen des Entwicklungsdiskurses. Daher kreisten alle Überlegungen um die Frage, wie das Pflänzchen Gesellschaft zu düngen, zu gießen und zu beleuchten wäre, damit es am besten gedeihe. Später machte man sich im Rahmen von Dependenz- und Weltsystemtheorien auch Gedanken über die Platzierung im richtigen Biotop, ein grundsätzlicher Zweifel an der Eigenschaft von Gesellschaften, sich zu entwickeln, galt aber zumindest bis in die späten achtziger Jahre als unwissenschaftliche oder politisch inkorrekte Ketzerei. Der historische und ideologische Hintergrund für diese Denkregel ist ein lineares Zeit- und Geschichtsverständnis, aus denen sich alle genannten Denkrichtungen — unabhängig von ihrer zeitweisen Rivalität — ableiten.

Der Begriff der „Nachhaltigkeit" findet mit dem berühmten Bericht an den Club of Rome von 1972 unter dem Titel „Grenzen des Wachstums" Eingang in die entwicklungspolitische Diskussion. Mitte der achtziger Jahre rückt ihn der Brundtland-Bericht unter dem Titel „Our Common Future" in eine zentrale Position dieser Diskussion, und seit der Rio-Konferenz von 1992 ist der Begriff „Entwicklung" ohne „Nachhaltigkeit" kaum noch diskutierbar.

Mit Nachhaltigkeit werden neuerlich Beobachtungen und Regelsätze aus dem Umgang mit der Pflanzenwelt auf Gesellschaften angewendet. Dahinter verbirgt sich das seit den siebziger Jahren wachsende Unbehagen über den linearen Entwicklungsbegriff. Denn für eine einzelne Pflanze endet ihre „Entwicklung" bekanntlich nicht mit der Blüte, sondern mit dem Tod. Man begriff nun, daß, wenn gesellschaftliche Entwicklung wirklich linear verlaufen sollte, die Spitze des Pfeils letztlich einmal nach unten zu zeigen beginnt. Aus dieser Sorge leitete sich die Forderung nach Nachhaltigkeit ab. Ein Forst entwickelt sich nicht linear von einer Keimzelle über eine Blütephase zum Tod, sondern er erneuert sich dauerhaft und zyklisch, wenn der Mensch dies zuläßt. Ebenso sollte es ab nun mit Gesellschaften gemacht werden, damit lineare Entwicklung nicht in der Selbstzerstörung der Menschheit ende.

Dies ist einsichtig und wurde auch breit rezipiert. In der Praxis hat sich allerdings ein Synkretismus aus altem Entwicklungsdenken und neuer Nachhaltigkeit ergeben. Heute beanspruchen fast alle Entwicklungsprojekte eine Nachhaltigkeitskomponente, aber nur selten werden die Paradigmen sauber getrennt. Ein wesentlicher Grund dafür ist die technokratische Abwicklung derartiger Projekte unter hoheitlicher Aufsicht und Mitwirkung. Dies muß deshalb so sein, weil der moderne Nationalstaat in seinem Selbstverständnis Pro-

dukt und Träger des modernisierenden Entwicklungsmythos ist. Deshalb geraten auch paradigmatisch anders gemeinte Projekte immer dann unter wachstumsorientierten Druck, wenn staatliche Autoritäten oder marktorientierte Akteure in den Ablauf involviert werden — egal, ob dies auf der Seite der „Geber“ oder der „Nehmer“ der Fall ist. Nachhaltigkeit verlangt nach Zivilgesellschaft.

## Erinnerung an die Gegenwart

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich eine gewisse Skepsis gegenüber der Wertigkeit von Zukunft. Im Lichte einer linearen Wahrnehmung gesellschaftlicher Zeit ist die Zukunft immer besser als die Gegenwart und die Gegenwart immer besser als die Vergangenheit. Daraus läßt sich nur allzu leicht die Forderung ableiten, die Mühen der Gegenwart für eine bessere Zukunft zu ertragen, wie das staatliche Autoritäten von ihren „Staatsvölkern“, angeblich zu deren Besten, regelmäßig fordern. Der moderne Staatsbürger tauscht dabei die Gewissheit des Jetzt gegen das fortschrittliche Versprechen auf eine bessere Zukunft. In der Moderne wird die Gegenwart als Übergangsstadium zwischen Vergangenheit und Zukunft geradezu ausgelöscht.

Eine zukunftsorientierte Gesellschaft — jenseits der Logik des modernen Nationalstaats und seiner suprastaatlichen Herrschaftinstrumente wie WTO, IWF, Weltbank, NATO ... — ist eigentlich ein Paradoxon, weil das reale Leben doch hier und jetzt stattfindet, jetzt zu organisieren und jetzt zu spüren ist, und weil wir von der Zukunft nicht mehr wissen, als daß sie möglicherweise stattfinden wird. So begründet sich das Scheitern vieler entwicklungspolitischen Projekte auch darin, daß Zielvorstellungen, die in einem hoheitlichen oder marktorientierten Kontext begründet werden, mit den sozialen Vorstellungen der Zielgruppen, die ihre Gegenwart nicht opfern wollen, nicht korrespondieren.

Ebenso erscheint es seltsam, just die Nachhaltigkeit unter das Zeichen der Zukunft zu stellen, wie das der Brundtland-Report tat, so als wäre der Forst (die Gesellschaft) nicht kraft seiner gegenwärtigen Natur und Funktionsweise nachhaltig, sondern so als würde der gegenwärtige Zweck des Waldes (der Gesellschaft) darin liegen, in Zukunft noch besser zu existieren. Solange die Zukunft als wertvoller wahrgenommen wird als die Gegenwart, werden wir von ihr auch mehr erwarten und verlangen als von der Gegenwart — und das wird uns dazu verleiten, uns gerade in der Gegenwart *nicht* nachhaltig einzurichten, sondern im Sinne des vektoralen Entwicklungsdenkens die Nachhaltigkeit in eine bessere Zukunft zu verschieben, wie die Erfahrung der realen Politik seit Rio und Kyoto zeigt.

## Zivilgesellschaft als postmoderne Antwort auf Entwicklung

Der lange Zeit aus der politischen Diskussion verschwundene Begriff „Zivilgesellschaft“ erlebte seine Renaissance mit dem Widerstand gegen die neo-liberale Diktatur Pinochet in Chile. Seit dem relativen Erfolg dieser Bewegung bezeichneten die Kommentatoren in Lateinamerika, und später auf der ganzen Welt, immer öfter politische und soziale Aktivitäten jenseits der hoheitlichen Verwaltung als „zivilgesellschaftlich“. In der wissenschaftlichen Diskussion dient „Zivilgesellschaft“ inzwischen als Sammelbegriff für alle Ausprägungsformen des sozialen Lebens, die im Zeichen des Neoliberalismus den Raum zwischen Staat und Markt besetzen.



BILD: ERWIN RIESS

Trotz der Negativdefinition versteht sich Zivilgesellschaft in diesem Sinn nicht als Restgröße zu Staat und Markt, sondern als eigene Kraft. Diese resultiert aus den demokratiepolitischen Defiziten des modernen Nationalstaalstaats und den sozialen Reaktionen darauf. In einem postmodernen Verständnis von Staat, Markt und Gesellschaft steht der Staat daher als uniformierender Ordnungsfaktor, der Markt als Wachstumsfaktor. Die Zivilgesellschaft aber hält das pluralistische, demokratische Potential. Weil Wissenschaft und veröffentlichte Meinung besonders in den Industrieländern von Staat und Markt beherrscht werden, gehen Werte und Orientierungen des gesellschaftlichen Lebens in diesen postmodernen Demokratien regelmäßig von der Zivilgesellschaft aus. Denn wo Staat und Markt die Themenführerschaft übernehmen, ist es um Demokratie und Menschenwürde schlecht bestellt.

Zivilgesellschaft gibt es nach dieser Definition überall, wo es Staat und Markt gibt, heutzutage also überall. Während Staat und Markt dem modernen Imperativ von Einheit und Effektivität verpflichtet sind, definiert sich Zivilgesellschaft über die Pluralität von Meinungen und Interessen. Demgemäß gibt es nicht die eine Zivilgesellschaft, sondern immer nur viele Zivilgesellschaften, die sich räumlich und zeitlich überlappen. Ein und dieselbe Person kann Mitglied mehrerer Zivilgesellschaften sein. Diese Vielfalt führt dazu, daß laufend neue Anliegen, Wege und Möglichkeiten definiert werden. Postmodern und optimistisch kann das als fairer Wettbewerb von Visionen und Ideen über das „gute Leben“ und die Bewältigung aktueller Herausforderungen interpretiert werden, modern und pessimistisch als Gefahr politischer Entgleisungen und permanenter Selbstverstümmelung sozialer Anliegen. In jedem Fall ist diese Pluralität zugleich riskant und unumgänglich.

Die zivilgesellschaftliche Themenführerschaft im Zusammenhang mit der Debatte um „Entwicklung“ ist nun deshalb wichtig, weil ein von Staat und Markt dominierter Diskurs zwangsläufig das vektorale Paradigma in sich trägt, und dies den öffentlichen Diskurs so sehr dominiert, daß ein im Nachhinein begonnener Widerstand im Regelfall als destruktiv, „rückwärts orientiert“ und jedenfalls negativ aufgenommen wird. Themenführerschaft bedeutet daher, lokale und aktuelle Sachfragen oder Anliegen der Logik und Wertskala des lin-

earen Entwicklungsdenkens zu entziehen, um gesellschaftliche Aktivitäten an der Würde der konkret betroffenen Menschen zu messen. Es geht dabei keinesfalls darum, daß die Zivilgesellschaft zukunftsträchtige Themen in einem Wettlauf vor dem Staat oder dem Markt lanciert, sondern darum, daß sie durch dauerhaftes Dasein, reales Existieren die Vielfalt und Flexibilität von Werteskalen vorgibt, an der neue Themen gemessen werden. Das erfordert einen hohen Grad an sozialer Aufmerksamkeit und demokratischem Selbstbewußtsein in einer vielfältigen Wirklichkeit. Beides haben Staat und Markt in der Moderne den Menschen weitgehend abgerungen. Zivilgesellschaft bedeutet daher auch die bewußte Wiedergewinnung unserer konkreten Orte als Plätze des Lebens, unseres Bewußtseins und unserer Fähigkeit zur intersubjektiven und interkulturellen Kommunikation.

Das Hauptproblem in diesem Zusammenhang ist ein organisatorisches: Um so schwieriger die Analyse, um so größer die Bedrohung und sensibler die Artikulation eines Anliegens, um so mehr wird sich die zivilgesellschaftliche Initiative eine feste Struktur geben. Dauerhafte und überregionale Bündnisse haben aber die Tendenz, sich zu institutionalisieren und letztlich zu „verstaatlichen“, wie etwa der Werdegang der „Grünen“ von der Bewegung zur wertkonservativen und staatstragenden Partei in mehreren Ländern gezeigt hat. Damit verlieren sie ihren zivilgesellschaftlichen Charakter. Denn die Zivilgesellschaft muß in der Auseinandersetzung mit Staat und Markt immer „schwach“ sein. Dabei handelt es sich nicht um eine argumentative oder moralische Schwäche, sondern um eine definitorische, weil eine geeinte und „starke“ Zivilgesellschaft dazu tendiert, selbst Staat oder staatstragend zu werden. Solange dies im Bewußtsein gehalten wird, ist die konkrete Organisationsform zivilgesellschaftlicher Initiativen sekundär. Allerdings zeigt die Erfahrung, daß der institutionalisierende Weg von der Bewegung zur NGO, von da zur quasistaatlichen Einrichtung und zum staatstragenden Machtfaktor sehr verlockend ist.

## Pluralität und Menschenwürde

Unter dem heute viel verwendeten Schlagwort „Globalisierung“ ist nichts anderes zu verstehen als der Versuch der progressiven und alleinigen Besitznahme der ganzen Welt durch Staat und Markt, die sich im Zuge dieses Prozesses neue Namen, wie WTO, IMF, Weltbank, NATO, ASEAN, APEC, MERCOSUR, NAFTA oder EU geben. Das ist eigentlich ein Vorgang, der sich seit Jahrhunderten hinzieht und zuletzt aufgrund der technischen Möglichkeiten enorm beschleunigt hat. Die Zivilgesellschaft kann und soll vom Zugang zu diesen technischen Geräten nicht ausgeschlossen bleiben. Akzeptiert sie allerdings mit diesen Geräten auch die Ideologie, welche sie hervorgebracht hat, so ergibt sie sich dem Diktat von Staat und Markt. Zivilgesellschaft wird sich daher am Partikularen, am Besonderen, am Kleinen, am Langsamen und am Gegenwärtigen orientieren.

Wenngleich die vielen Zivilgesellschaften definitionsgemäß nicht ein einziges gemeinsames Ziel haben können, so ist es gerade die Vielheit ihrer Ziele im Spannungsfeld zwischen Staat und Markt, die sie vereint. Pluralität ist in diesem Sinn ein anderes Wort für Menschenwürde. Staat und Markt drängen immer zur Homogenität und Uniformität. Aber das betrifft verschiedene Kontexte nicht auf eine immer gleichbleibende Art. Die Vielheit zivilgesellschaftlicher Aktionen und Organisationsformen entspricht der Vielheit dieser Kontexte und ihrer Betroffenheit. Daher ist auch diese Vielheit und die Unüberschaubarkeit ihrer Themen das demokratische Potential der Zivilgesellschaft.

Der Austausch entsprechender Erfahrungen ist wichtig, weil die diskursive Themenführerschaft seitens Zivilgesellschaft entscheidend für die Wahrung der Menschenwürde ist. Aus diesem Austausch kann aber keine einheitliche Handlungsanleitung oder Heilsversprechung folgen, eben weil diese Einheitlichkeit und lineare Zielausrichtung der Natur von Zivilgesellschaft von Grund auf widersprechen würde. Die große Herausforderung zivilgesellschaftlicher Aktivität im neuen Jahrtausend wird daher zu einem guten Teil auch darin liegen, sich nicht den Verlockungen globaler, universeller, uniformer und homogener Zielvorgaben zu unterwerfen, weil damit nicht nur die Methoden sondern auch die Ziele von Markt und Staat übernommen und die demokratische Funktion von Zivilgesellschaft unterlaufen würde.

**Wolfgang Dietrich:** Wolfgang Dietrich ist Vorsitzender des wissenschaftlichen Komitees des *Österreichischen Lateinamerika-Instituts* und derzeit Gastprofessor am *Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.*

Lizenz dieses Beitrags
Copyright
© Copyright liegt beim Autor / bei der Autorin des Artikels